

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 36 Mark, monatlich 12 Mark einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungsort: Leipzig, den 28. November 1922

Leipzig, den 28. November 1922

Anzeigenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- u. Todesanzeigen 7,50 M. die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 30 M. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 138

**Neubestellungen** auf das Verbandsorgan sind zu jedem Monatsersten zulässig. Bezugspreis 12 M. monatlich, 24 M. zweimonatlich, 36 M. vierteljährlich; für Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker Ermäßigung bzw. Rückvergütung von 10 M. M. für jeden Monat.

### Bekanntmachung

Die verehrlichen Kassensfunktionäre werden ersucht, die Abrechnungen über die Unterstufungen im Monat November

am 2. Dezember 1922

abzuschließen, um zu vermeiden, daß im Monat Dezember zweierlei Unterstufungssätze zur Verrechnung kommen. Auch die Reiseunterstützung ist am gleichen Tag abzurechnen, obwohl sich in diesem Unterstufungsweige die Verrechnung von zweierlei Unterstufungssätzen nicht ganz vermeiden lassen.

Weiter ersuchen wir darum, die Arbeitslosenqualifikationen für die Kurzarbeiter als solche dadurch kenntlich zu machen, daß diese Qualifikationen mit dem Vermerke „Kurzarbeiter“ versehen werden.

### Der Verbandsvorstand

### Ein Wort an die Handseherkollegen!

In einer Zeit, in der die wirtschaftliche Not uns bis an den Hals reicht, gibt es gewiß wichtigere Fragen, als über die Zweckmäßigkeit des engeren Berufszusammenschlusses und deren Auswirkungen die Öffentlichkeit zu beschäftigen. Trotzdem wäre nichts verfehlter, als den Blick hypnotisch nur auf eine Stelle (in diesem Falle Tarifausgleich) zu richten und von dort alles Hell zu erwarten; dabei vergessend, daß das wirtschaftliche Leben und die organisatorische Arbeit so vielfältig ist, daß nur kleine Rührigkeit auf allen Gebieten das Räuberwerk unserer Organisation in Gang behalten kann und damit letzten Endes die wirtschaftliche Besserstellung ermöglicht. Die Geschichte der Sparten legt hierfür das beste Zeugnis ab.

Gewiß waren unter den Handsehern nicht wenige, die die Bewegung, Ausbreitung und den großen Einfluß der Sparten auf die Organisation mit gewisser Beunruhigung verfolgten, aber nicht aus dem Grunde, weil sie die Berechtigung der Spartenbewegung nicht anerkannt hätten. Die Unterstufung der Spartenanträge in den Orts- und Bezirksversammlungen seitens der Handseher beweist das Gegenteil. Die völlige Rechtfertigung, begründet in dem bekannten Kölner Beschlusse, der die Spartenbildung der Handseher verbot, wozu noch später auch das Verbot kam, Handseherverammlungen abhalten zu dürfen (siehe Seite 117 des Danziger Generalverammlungsprotokolls), das erbitterte sie — und mit Recht — dementen, daß ihnen naturgemäß in der Folgezeit der klare Blick für diese Bewegung der andern Berufsgruppen verloren ging. Die jahrzehntelange Vorenthaltung der Rechte der Handseher hatte eine derartige Gleichgültigkeit mit allem, was ihr spezielles Interesse betraf, hervorgerufen, daß, als das Kölner Verbot auf der Generalversammlung in Nürnberg 1920 aufgegeben wurde, dieser Beschluß die Handseher in einer Leihgarnie vorband, die jedes Handeln ausschloß. Verwundert fragt man sich, weshalb drangen früher verschiedene Orte mit ihren Anträgen zur Aufhebung des Kölner Beschlusses so stürmisch an die verschiedenen Generalversammlungen heran, um jetzt, da sie freie Hand haben, keinen Gebrauch von ihren Rechten zu machen? Waren diese Anträge seinerzeit nur Demonstrationsobjekte oder halten sie die Zeit noch für zu früh, um sich zu rühren? Oder ist die Lage speziell der Handseher so glänzend, daß sie sich den Luxus erlauben können, zuzusehen, wie alle Berufsgruppen innerhalb unserer Organisation alle Kräfte auf das höchste anspannen, um ihren Mitglieder wirtschaftliche und organisatorische Vorteile, und zwar nicht ohne Erfolg, herauszuholen?

Die Leipziger Kollegen haben in Verfolg ihres früheren Verlangens eine Handseherkommission gebildet, die bis jetzt hauptsächlich für die in Leipzig in Betracht kommenden Berechnen, eine ausgezeichnete Tätigkeit entfaltet.

Da die Leipziger Gauhülle für die Kosten der Drucksachen usw. aufkommt, konnten die Leipziger Handseher von der Gründung einer geschlossenen Vereinigung bis jetzt Abstand nehmen.

Unter den früheren Antragstellern für die Aufhebung des Kölner Beschlusses war stets auch München zu finden, und München war nun auch der erste Ort, der die Konsequenz zog und am 8. April 1922 die erste Handsehervereinigung gründete. Ihm folgte etwas später Würzburg. Dann hat in letzter Zeit diese Frage auch in Berlin in einer Verammlung der Vertrauensleute der Handseher eine Rolle gespielt, leider kann man aus dem Bericht über diese Verammlung nichts Näheres erfahren, aber wer zwischen den Zeilen lesen kann, konnte herausfinden, daß man auch in Berliner Handseherkreisen mit der bisherigen Handhabung der Rechte der Handseher nicht zufrieden ist und die Frage des engeren Zusammenschlusses dort vielleicht nur noch eine Frage der Zeit ist, trotz Indultierverband oder gerade deswegen. Der eventuelle Zusammenschluß im graphischen Gewerbe zum Industrieverband wird den einzelnen Berufen doch wohl eine erhöhte Tätigkeit im gewissen Rahmen zuzumessen, und wer da nicht mithommt, wird das Nachsehen haben, wie wir Handseher es bis jetzt schon hatten, denn mit dem bisherigen ablenkenden Worte von dem „Rückgrat des Verbandes“ wird man wohl keine Gläubigen mehr finden.

Daß die Generalversammlung in Leipzig bzw. der Verbandsvorstand der Handseherparte nicht sympatisch gegenübersteht, ist dem Eingeweihten nicht verwunderlich, aber solche Ausprüche, daß die Gründung von Handseherpartien der Kampf sei aller gegen alle, wie Kollege Seik in Leipzig sagte oder wie Kollege Krauß auf dem letzten bayerischen Gantag in München sagte, daß, wenn nicht die Handseher sich noch organisieren, was steht dann dem Verbandsvorstande noch zu tun übrig, solche Ausprüche zeigen, daß man nicht gewillt ist, aus der Vergangenheit die Lehre zu ziehen, daß man vielmehr weiter ruhig zusehen will, wie auch weiterhin alles auf Kosten der Handseher gehen soll, ohne daß diese Gelegenheit haben, sich ihrer Haut zu wehren. (Die hier neu aufgeworfene alte Frage einer Handseherparte liegt nicht so einfach für uns Organisation, auch die verschiedenen Generalversammlungsdebatten lassen das erkennen. Wir werden demnach diese Frage einer alle Seiten berücksichtigenden Betrachtung unterziehen. Red.)

Man lese nur einmal unsere jetzigen Orts- und Bezirksversammlungen an. Tagesordnung: Stellungnahme zur Tarifausgleichung. Nächste Verammlung. Tagesordnung: Bericht von der Tarifausgleichung. Und das geht so fort schon seit Jahr und Tag; es besteht auch keine Aussicht auf Besserung. Ja, hier in München a. B. ist noch nicht einmal so viel Zeit geblieben, um Bericht von der Leipziger Generalversammlung zu erstatten, geschweige denn vom Gantage. Die Maschinenmeister, die Maschinenseher, Korrektoren, Stereotypen haben ihre Spartenversammlungen und können sich dort über alles aussprechen, was ihre speziellen Berufsangelegenheiten betrifft. Aber die Handseher? Soweit fachliche Fragen in Betracht kommen, da sind ja die Typographischen Vereinigungen maßgebend, die dieses Gebiet auch vorzüglich ausfüllen. Aber es gibt darüber hinaus auch noch eine Menge Fragen tariflicher, beruflicher Natur, die nicht vor deren Forum gehören. Übrigens, es wäre auch von Vorteil, wenn die Ortsvereinsversammlungen von dem überflüssigen Ballast der speziellen Berufsfragen und -schwierigkeiten befreit würden, mit denen sie bisher hauptsächlich von den Handsehern belästigt wurden, da diese nicht wie die andern Spartenangehörigen in einer speziellen Berufsvereinigung Gelegenheit hatten, sie vorzubringen. Dann bliebe in den Verbandsversammlungen mehr Zeit übrig, über Gewerkschaftsarbeit und Volkswirtschaft aufklärende Vorträge für die Mitglieder zu halten, die in unserer Zeit nötiger sind denn je.

Daß die Handseher ihre speziellen Angelegenheiten in ihrem engeren Kreise erledigen können, ohne daß deshalb der Verband aus dem Tugent geht, beweist die bisherige Tätigkeit der Münchner Handsehervereinigung, denn diese Tätigkeit bewegt sich streng in dem Rahmen, die wir uns in unserm Statut zum Ziele gesetzt haben: „Förderung der tariflichen, organisatorischen und wirtschaftlichen Rechte ihrer Mitglieder auf Grund der sachgemäßen und organisatorischen Bestimmungen des V. d. B. und des Tarifs.“ Daß es selbstverständlich ist, daß sich alles dem Verbandsinteresse unterzuordnen und den Maßnahmen der Verbandsinstanzen zu fügen hat, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

Wenn ich nun die Frage des Zusammenschlusses der Handseher im „Korr.“ angebracht habe, so nicht deshalb, um im Verbandsorgan eine Debatte hierüber zu entfesseln, sondern um die Handseherkollegen in den einzelnen Orten aufzufordern, in ihren Kreisen sich mit dieser Frage zu beschäftigen und zu prüfen, ob die Zeit noch nicht gekommen ist, daß die Handseher aus der bisherigen Passivität herausstreten und ihre Berufslage einer näheren Prüfung unterziehen. Denn es ist an der Zeit, daß wir mit aufmerksamen Augen beobachten, was uns her vor geht, wenn wir nicht, wie in der Vergangenheit, die Leidtragenden sein wollen. Wenn immer gefragt wird, wir bilden ja die Mehrheit, so ist diese Mehrheit sehr problematisch, solange nicht ein festes Gefüge vorhanden ist, das dieser Mehrheit auch einen Willen auferlegt. Einheit bedeutet Erfolg, und Erfolg werden wir nur haben, wenn nicht jeder von uns planlos seinen Weg geht, sondern wir, analog den Beispielen der andern Sparten, uns zusammenschließen. Dann haben wir auch ein Recht, zu fordern, daß uns innerhalb der Organisation und des Tarifs der Platz eingeräumt wird, der uns mit Recht gebührt. München. Adolf Klein.

### Denkt auch an die Arbeitslosen!

Kein Lohnabkommen kann heute zufrieden stellen, weil das Ergebnis durch neue Preissteigerungen bereits überholt ist, wenn es in Kraft tritt. Die Zeit hat gelehrt, daß je höher der Dollar steigt, sich um so mehr die Lebenslage der Arbeiterklasse verschlechtert. Die Selbstverständlichkeit kann jedoch für sich in Anspruch nehmen, das möglichste getan zu haben, um die Interessen der arbeitenden Kollegenschaft zu wahren.

Aber eine andre Angelegenheit ist es, die mir hier, jeder in die Hand drückt: die Not der Arbeitslosen. Von ihr liest man in unserm Organ recht wenig. Ob man sie in ihrem Umfange nicht kennt? Ist die Not des Schaffenden heute sehr groß, so ist die Not der Erwerblosen in das Unermeßliche gestiegen. Ist es dem Arbeiter heute nicht möglich, sich so zu ernähren, um sich voll leistungsfähig zu erhalten, so ist der Arbeitslose gezwungen, direkt zu hungern. Ein Arbeiter kann sich heute nicht die notwendigen Kleidungsstücke anschaffen; dem Arbeitslosen ist es verlag, auch nur die geringsten Kulturbedürfnisse zu befriedigen (Saarhambeln, Ratten, Wäseher mit Gelse, Schuhputzen u. a. m.). Es scheint, als ob der Arbeitslose aus der Reihe der zivilisierten Menschen gestrichen werden soll. Haben wir doch Arbeitslose, die an Unterstützung noch nicht den Betrag bekommen, der ein Drittel dessen ausmacht, was einem Lehrling im ersten Lehrjahr an Kostgeld zugestanden wird. Schieber und Ausländer rufen in Autos durch die Straßen, sie haben nur ein Lächeln für uns freie Bürger, die wir in aller Stille, zerstreuten Schuben und verärrnsten Gesichtern herumlaufen.

Können die gewerkschaftlichen Kräfte nicht auch gegen die Verelendung der Arbeitslosen mobil gemacht werden? Ist der Spruch: „Gleiches Recht für alle“ nur Schall und Rauch? Kollegen! Solidarität mit euren arbeitslosen Genossen, die ein Teil eurer selbst sind! Ihr könnt sie nicht verderben lassen und dazu treiben, daß sie auf dem Standpunkte stehen, der eine Gefahr für unser Volk bedeutet: Wieder ein Ende mit Schredien, als ein Schredien ohne Ende.

Dresden.

Herbert Siegmund.

### „Ach, wie traurig ist das Leben eines armen Kunden doch...“

Sie, wenn du hast, damit durch dich auch andre lernen haben werden. Kommst du denn selbst einmal in Not, Empfangst auch du aus ihren Händen.

In der heutigen Zeit bitterer Not ist es wohl an gebracht, die oft mangelnde Unterstützung unserer reisenden Kollegen etwas zu beleuchten. Wie oft muß man es sehen, daß diese Kollegen wenig oder gar keine Beachtung geschenkt wird; ja, man gibt ihnen zur Antwort: „Sch habe mein Portemonnaie vergessen“, noch andre geben an den „stillen Ort“, bis der Kollege wieder gegangen ist oder man drückt ihnen „hochbergiger“ weiß 50 M. in die Hand. Was würden aber diese „50-M.-Kollegen“ sagen, wenn sie selber durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen wären, den Wanderstab zu er-

greifen, wenn sie Frau und Kind zu Hause lassen müßten und wenn sie in dieser Weise von ihren Kollegen abgewiesen würden? Das Gegenstück kann man oft beobachten, wenn ein Prinzipal gestorben ist. Dann geht gerade von diesen Kollegen, die für unsre Durchreisenden nur 50 Pf. übrig haben die Anregung aus, einen Streik zu stiften und sie glänzen an erster Stelle auf der Zeichnungsliste mit 50 M. und noch mehr, während ihre Arbeitskollegen auf der Strafe liegen und verhungern.

Darum, Kollegen, zeigt mehr Opferfreudigkeit den durchreisenden Kollegen gegenüber. Das meißt allerdings bemessen. Was ist Ihnen genügt nicht. Ihr Wohl alle, was es heißt, sich am Leben zu erhalten, stellt euch selbst in ihre verzweifelte Lage und ihr werdet zu einer andern Überzeugung kommen. Geht nach besten Kräften, wenn es euch auch schwer fallen sollte und denkt nicht: „Bist du Gottes Sohn, dann bist dir selbst!“

C. Weisbe.

## Der „billige“ Treho-Apparat!

Kollege Gramke Schneider in Nr. 134 ein Kapitel an, das schon seit Aufkommen des „Treho“-Druckapparats uns Buchdrucker viel ernstlich beschäftigen mußte. Über mich dünkt es dennoch nicht zu spät zum Einschreiten seitens der Buchdruckerfunktionäre durch Gewerkschaftskomitee oder die Betriebsräte.

Da zum Teil die sogenannten „Treho“-Apparate an Registrierungen und Schreibbühnen angeschlossen sind, so kann man leicht erkennen, wie „billig“ der Apparat in ungelerten Händen sich macht! Da mir selbst einmal als Arbeitstoler das „Glück“ zuteil wurde, den „Treho“ in einer Registrier- eines größeren Industrienunternehmens zu bedienen „zur Ausbille“, weil der den Apparat bedienende 17-jährige Bürsche mit dem komplizierten Sach nicht zurechtkam; es war eine Ausstellung des Magazinbestandes, eine viel Inveniturüberblick. Zunächst will ich nun berichten, wie „billig“ der Apparat arbeitete. Mein Manuskript wurde, nachdem es von einem Beamten im Register kenntlich gemacht war, von einer Schreibmaschinendame abgetippt und nun wurden etwa 150 Abzüge von mir gefordert. Bald aber schaffte die Dame nicht genug Füller und man stellte an mich die Frage, ob ich denn ohne das Manuskript mich aus dem Register herausfände, was ich haltfährlich bejahte, denn solche Kleinigkeiten sind bei uns doch gang und gäbe. Also ich schaffte genug und sparte durch meine Tätigkeit zwei Arbeitskräfte. Wer schon einmal brotlos war in dieser Zeit, der würde wohl auch so wie ich gehandelt haben: eine neue Griffenz wollte ich mir dadurch erobern. Käste ich es mit einem Unternehmer zutun gehabt, so wäre die Sache ja gut gegangen, aber so verlief es hier rein bürokratisch! Als die Arbeit fertig war, wurde ich entlassen; ich war zu teuer, da ich als Handwerker bezahlt wurde. Ich rechnete mir damals selbst die verbrauchte Zeit aus (bedauere sehr, daß ich diese Aufstellungen nicht mehr habe) und legte diese Rechnung gelegentlich einer einflussreichen Persönlichkeit des Werkes vor, aber ich bekam nur die Antwort: Solche schwierige Arbeiten kommen nicht alle Tage vor und es kommt weniger auf die verbrauchte Zeit, als auf die „billige“ Ausgabe für den „Treho“-Drucker an; die Fabrik verordnet ja ihre Prospekte schon in dem Sinne, daß die Behebung von Kindern ausgeübt werden kann!

Da man gerade heute seitens der Großmächigen in der Schwerindustrie (Eisen, Silnes) nach produktiver Arbeit schreit, sollte man sich einmal auch auf dieses Gebiet begeben! Die Forderung; auch an die „Treho“-Apparate gekannte Buchdrucker, ist schon deshalb berechtigt, da das ganze Verfahren rein typographisch genau werden muß — bis auf die Produkte, die jetzt aus solchen Apparaten hervorgehen, wo sie von „Arbeits-, Lauf- und Tippmädchen und -burschen nach vorgelegtem Muster hergestellt werden. Wegen die Verwendung dieser oder jener Apparate kann man unerfesselt wohl weniger ankämpfen; aber wenn schon Buchdrucker dadurch brotlos gemacht werden, so kann man doch zum mindesten die moralische Forderung aufstellen: Ehe wir in der Industrie mit sonstigen niederen Arbeiten beschäftigt werden, sollte man auch hier gerecht verfahren und ausschließlich die Buchdrucker an die Verteilungsapparate bringen. Gerade die Buchdrucker lieben ja sonst in dem Auf, alles zu können; warum beschäftigen man sie nicht in den Schreibbühnen und Registrierungen als „Treho“-Drucker und Ausbiller? Die Betriebsräte, Kartelldelegierten und Funktionäre aber müssen dieser Forderung eines sterbenden Gewerbes das nötige Interesse entgegenbringen. Schon aus dem hier erzählten Selbstleben läßt sich erkennen, daß wir Buchdrucker nicht verlangen, wenn es heißt, produktive Arbeit leisten. Wie viele Kollegen mögen heute in Stollenruben und in der Großindustrie mit Arbeiten beschäftigt sein, die ihnen weniger zuträglich sind als ihre „schwarze Kunst“. Galigula.

## Das Buchgewerbe im Auslande

Schweiz. Vom Internationalen Buchdruckersekretariat in Bern wird uns geschrieben, daß trotz Behauptung der Sperre der Schweizerischen Verbandes die Leitung des Schweizerischen Typographenbundes sowohl als auch des Internationalen Buchdruckersekretariats von Stellgesuchen aus Deutschland förmlich überhäuft werden. Infolgedessen wurden wir vom Internationalen Sekretariat um Veröffentlichung nachfolgender Notiz ersucht, deren Beachtung wir unsern Kollegen aufs dringendste empfehlen:

## Sperre der Schweiz

Dem jetzt geltenden reaktionären Zuge folgend, hat sich der Schweizerische Buchdruckerbund zum Ziele gesetzt, den Schweizerischen Typographenbund niederzukämpfen, um dadurch den Lohn abzubauen, die Arbeitszeit verlängern und überhaupt die sozialen Erregungszustände der Gehilfen schärfen zu machen zu können. So blieb dem Schweizerischen Typographenbund nichts andres übrig, als in den Streik zu treten; denn durch loganante orientierende Konserenzen suchten die Prinzipale nur Zeit zu gewinnen, um die ganze Bewegung in die flauere Zeit hinauszuleben. Dieser Plan ist ihnen von der Gehilfenchaft gründlich durchkreuzt worden. Nun ist der Kampf auf der ganzen Linie entbrannt; man wird versuchen, die um ihr Recht kämpfenden Kollegen durch Streikbrecher zu erledigen. Die Kollegen sind deshalb dringend ersucht, keine in der Schweiz angebotene Stelle anzunehmen, noch dort eine solche zu suchen. Zuwiderhandlungen werden katastrophal geahndet. Keiner werde zum Streikbrecher! Hoch die Internationale Solidarität der Buchdrucker, so wie sie von der Unternehmlichkeit geübt wird. Verweigert die Ausführung jeglicher aus der Schweiz kommenden Streikarbeit. Hoch die Buchdruckerinternationalen!

Angarn. Im letzten Bericht vermerkten wir u. a., daß die im Oktober fällig gewordene Lohnerböschung auf Grund der Indergänger des „Pester Lloyd“ infolge der Forderung der Vereinbarung durch die Prinzipale auf einen Monat die letzte war, die automatisch sich abwickelte. Das hat nun eine erfreuliche Zurückentwicklung erfahren. Die Prinzipale hielten nämlich den Vertrag zum 29. September gekündigt, der ihrer Auffassung nach somit am 29. Oktober seine Geltung verlor; die Gehilfenvertreter hingegen meinten, daß die jedesmal am Ende des Monats erscheinende Indergänger die erfolgte Preissteigerung nachträglich auswies, so daß die gesteigerte Löhnerung des Oktober (Abkautermin allerdings 29. Oktober, während die Indergänger um zwei Tage später, am 31., bekannt wird) erst im November zur Auszahlung gelangen könne. Es standen solcherart zwei Auszahlungen einander schroff gegenüber. Um den Gegensatz friedlich zu überbrücken, einigten sich die beiden Parteien dahin, ein auf der Basis des Geheltes beruhendes Schiedsgericht möge die Entscheidung fällen. Ein Dreierpanel, bestehend aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern, hat das Urteil, dem beiderseitigermaßen in Buchdruckerkreisen mit gespanntem Interesse entgegengekommen wurde, zugunsten der Gehilfenchaft gefällt. Je einen Beisitzer hatten die interessierten Parteien nominiert, die den Vorsitzenden, den Präsidenten des Budapesti Zentralbezirksgerichts, bestimmten. Die beiden Rechtsanwältinnen und je ein Organisationsvertreter der Parteien vorkommend; das Bureau; dessen unangenehmste Entscheidung der Vorsitzende in Interessanter und ausführlicher Weise begründete. Auf Grund dieser Entscheidung wurde sodann am 18. November noch eine Lohnzulage, und zwar im Betrage von 21,6 Proz. im Sinne der Indergänger fällig. Das niedrigste Minimum der Grobarbeiter beträgt daher jetzt, unabhängig von der Entschädigung für den Entfall der Brotmarken, 6152 Kr., das höchste 7399 Kr. pro Woche. Das der Hilfsarbeiter 4003 Kr., der Arbeiterinnen 3691 Kr. Die Löhne der Rebrlinge und -mädchen variieren zwischen 600 und 1000 Kr. die Woche.

Die „Typographia“, von der wir nachfragen möchten, daß sie aus Anlaß des letztjährigen Jubiläums des Unterhaltungsvereins eine sechste Seite starke Festschrift herausgab, zu deren besonderem Gelingen alle irgend einen Namen habenden Kollegen mit leistungswerten Artikeln beizutragen, hat in einem Aufsatz unter dem Titel: „Die Gerechtigkeit hat gesiegt!“ das Urteil des Schiedsgerichts begründet, worüber die Prinzipale sich arg verschuldet zeigen und in ihrem Organ, dem „Nyomdas Rokonipar“ (Druckerei- und verwandter Beruf), in Artikeln zum Ausdruck bringen, die selbstverständlich von dem Gehilfenorgan nicht unerwidert gelassen werden können, so daß momentan zwischen Prinzipalen und Gehilfen eine ziemlich gereizte Stimmung besteht.

Aus dem Rechenschaftsberichte, den der Ausschuss des Unterhaltungsvereins dieser Tage herausgab und der sich auf die Jahre 1920 und 1921 erstreckt, entnehmen wir, daß die Einnahmen dieser Organisation während dieses Zeitraums sich auf 5776509 Kr. beliefen, während die Ausgaben 3946294 Kr. betragen, somit ein Überschuss von 1830215 Kr. sich ergab. Mitgliederstand am Schlusse des Berichtsjahrs 7347, Vermögensstand 3157122 Kr. Der günstige Stellenstand der letzten zwei Jahre ist der Arbeitstolerhülle zu verdanken, die allein einen Überschuss von 1344257 Kr. erzielte, was von dem Jahre 1922, wo die Zahl der Konstitutionslosen auf 700 anwuchs, leider nicht wird gelagt werden können. Der Bericht verzeichnet es mit Bedauern, daß die Statutenänderung, wonach der Fachverein mit dem Unterhaltungsverein vor zwei Jahren verschmolzen wurde, vom Minister des Innern noch immer die Genehmigungsklausel nicht erhalten hat.

Holland. Aus dem Schmelzregel der Beratungen über einen neuen Buchdruckerakt ist endlich ein Konzeptentwurf herausgekommen, der in bezug auf Arbeitszeit, Entlohnung und Rechtslage für die Gehilfenchaft Berücksichtigungen bedeutet. Der alte Kampf der Gehilfenvertretung am Verhandlungstische, gegen die reaktionären Bestimmungen der Prinzipalität konnte nur verhindern, daß die wichtigsten Bestimmungen im noch bestehenden Tarif nicht noch mehr zum Schaden der Gehilfen verändert wurden. Im Konzeptentwurf ist die wöchentliche Arbeitszeit auf 48 Stunden festgesetzt worden; also

eine Verlängerung von drei Stunden. Die Nacharbeit für Morgenleistungen ist von 40 auf 42 Stunden gebacht. Die Löhne für alle Gehilfen sollen herabgeleht werden. Für Erwachsene wird eine Verminderung von 12 bis 13 Proz. für jüngere Kräfte eine von 15 Proz. und für Lehrlinge eine Verminderung von 15 bis 18 Proz. des Stundenlohns beantragt. Für Erwachsene sollen also die Wochenlöhne diesen Lohnverflechtungen zufolge in der höchsten Dreiklasse (Winterdam) betragen (die jetzt noch bestehenden Lohngrößen sind eingeklammert): für Spindel- und Drucker 36 Gulden (38,25); für Maschinenleger und Rotations 40,32 Gulden (42,75); für Schriftheber, Monotypsetzer, Galvaniseur und Stereotypsetzer 37,92 Gulden (40,50). Aufgenommen ist auch die Bestimmung, daß, wenn die offizielle Statistik eine fünfprozentige Steigerung der Verminderung der Lebenskosten aufweist, die Lohnkommission zusammenzurufen sei, um zu beurteilen, ob demzufolge eine Veränderung des Lohnes statufindend hat. Also eine gleitende Lohnskala. Eine weitere Berücksichtigung, die im Konzeptentwurf beantragt wird, ist die Einzahlung des Ferienzuschlags von 50 Proz. des Wochenlohns. Dieser Zuschlag, so behaupten die Prinzipale, ist schon im Lohn mitberechnet. Dann ist es der Prinzipalsdelegation gelungen, die Bestimmung durchzubringen, die den Prinzipalen die Freiheit gibt, Gehilfen nach Willkür zu entlassen. Somit will man die jetzt noch bestehende Bestimmung beseitigen, nach der die Zulehntgestellten zuerst zu entlassen sind. „Unliebame Elemente“ im Betriebe können also mit dieser Bestimmung in des Sand bequem an die Luft geleht werden. Daß in gewissen Fällen die Tarifinstanzen entscheiden können, daß einem Gemahrgelassen eine Entschädigung bis vier Monate Lohn ausgezahlt werden müsse, kann die eingetretene Verschlechterung der Rechtslage der Gehilfen nicht abschwächen. Beantragt wird, die Tarifdauer auf zwei Jahre zu bemessen. Das Verbandsorgan „Gratisch Weckblad“ meint, daß die Möglichkeit einer Zurückwehlung dieser Verflechtungen durch die Gehilfenchaft gegeben ist. „Wir wissen sehr wohl“, schreibt das Blatt u. a., „daß die Valutakonkurrenz auch uns in eine Lage gebracht hat, die die Notwendigkeit mit sich bringt, etwas zurückzugeben, aber es einen Grund gibt, einen Schritt rückwärts zu gehen, so groß wie die Prinzipale es wünschen, das darf in Zweifel gezogen werden. Und wenn auch dies der Fall wäre mit Hinsicht auf die Löhne, so kann doch die Rücksicht auf die Konkurrenz keinen Anlaß geben, an der Rechtsprechung zu nagen.“ Die Mitglieder der vier Buchdruckerorganisationen, die mit der Prinzipalsorganisation die Tarifgemeinschaft bilden, werden bald über dasjenige, was die Unterhandlungskommission zustande gebracht hat, zu entscheiden haben. Der Typographenbund wird, wahrscheinlich Mitte Dezember, einen außerordentlichen Kongress abhalten, auf dem der Konzeptentwurf zur Beratung liegen wird.

Schweden. Die langwierige Arbeitslosigkeit hat sich im Buchdruckerberufe noch verschlimmert, so daß sich der Verbandsvorstand genötigt sieht, eine Herabsetzung der normalen Arbeitslosenunterstützung vorzuschlagen, worüber eine Abstimmung am 1. und 2. Dezember entscheiden soll. Der Antragtrag zur Unterstützung der Ausgesteuerten deckt nämlich nicht die hierfür nötigen Ausgaben und muß daher trotz Herabsetzung der Unterstützung vorläufig weiterbehalten werden.

Norwegen. Vom Vorstand des Norwegischen Zentralvereins für Buchdrucker wurde uns unterm 19. November mitgeteilt, daß sich in letzter Zeit die Anträge von arbeitslosen deutschen Buchdruckern in einem Grade mehren, daß sich die Organisationsleitung äußern muß, jede einzelne Anfrage zu beantworten. Aus diesem Grunde wird hier zur allgemeinen Beachtung darauf verwiesen, daß der norwegische Verband der 2019 Gehilfenmitglieder gegenwärtig 369 Arbeitslose hat. Und dieses in einer Zeit, wo infolge regeren Geschäftsganges (durch Weihnachtsliteratur, Kommunalwahlen und vorbereitende Arbeiten des Störtings) eigentlich alle Mitglieder beschäftigt sein sollten. Im allgemeinen sind die Aussichten für Beschäftigungsmöglichkeit sehr gering. Der öffentliche Arbeitsnachweis rechnet mit 50000 Arbeitslosen in diesem Winter (bei einer Bevölkerungszahl von 2480000). Außerdem steht im Buchdruckerberufe für den März 1923 eine Tarifrevision in Aussicht, wonach die Aussichten alles andre als gute sind.

Nachdem die amtliche Statistik eine Verminderung der Lebenshaltungskosten um zwölf Punkte festgeleht hat, machte der Arbeitgeberverband folgende von der Bestimmung im Schiedsgerichtsprotokolle Gebrauch, den Lohn weiter herabzusetzen. Die neue Lohnzulage von 4,7 Proz. trat am 10. November in Kraft und ist, soweit bisher zu überleben, besonders von den Buchdruckerbetrieben mit bemerkenswerter Dienstfertigkeit vorgenommen worden. In andern Betrieben wurde der alte Lohn in der ersten Woche weiterbezahlt, nach „Socialdemokraten“ sollen die Buchdruckermeister den Beschluß überhaupt nicht ausgeführt haben.

Großbritannien. Die großen Parlamentswahlen, die dem heimischen Buchdruckerberufe eine sehr willkommenere lebhaftere Beschäftigung brachten, sind nun vorüber. Die sogenannte Koalitionsregierung gehört jetzt der Vergangenheit an, und eine konservative Regierung wird an deren Stelle treten. Die Arbeiterchaft, die aus Überzeugung für eine europäische Verflechtungspolitik eintritt, ist aus den Wahlen erfolgreicher hervorgegangen, als man zu hoffen wagte. Beinahe zweimal so stark als sie vor dem war, zieht die Arbeiterpartei in das Parlament ein. Im alten Parlament zählte sie 75 Abgeordnete, im neuen dagegen 142 Vertreter. In einem Lande wie England ein gewaltiger Erfolg. Von den vier Buchdruckerhandbänden, die um die Gunst des Volkes warben, waren nur

zwei erfolgreich, nämlich die Kollegen Bowerman (London) und Roberts (West-Bromwich). Kollege Taylor, der Sekretär der Londoner Sehergeleitschall, und Kollege Connellan, der Sekretär des Provinzialverbandes, unterlagen leider bei der Wahl. Der vorgenannte Kollege Roberts war einmal Ernährungsminister in der früheren Koalitionsregierung. Er errang einen großen Sieg in Norwich, wo er mit einer Mehrheit von über 10000 Stimmen durch das Ziel ging. Alles in allem haben die Arbeiter Englands für eine starke Opposition im Parlament gesorgt, die in Zukunft zweifellos einen wichtigen Einfluß auf die innere und die auswärtige Politik des Reiches geltend machen wird.

Was die Arbeiter im Buchdruckgewerbe speziell anbetrifft, so sind sie wieder in eine tiefe Depression geraten. Der Lärm und das Schreien in der Wahlzeit sind nun vorüber, und der arme Buchdrucker, der neulich noch so glücklich war, wird heute beinahe vergessen. Infolge amtlicher Berichte aus London, Manchester, Edinburgh, Birmingham und Leeds ist die Nachfrage nach Drucksachen in großen Zyklen nur langsam, besonders in der Hauptstadt, wo viele Buchdrucker konditionlos die Straßen auf und ab wandern. In Manchester scheint man jedoch eine günstigere Meinung über die Aussichten in Buchdruckgewerbe zu haben. Von dort wird nämlich berichtet von einer etwas lebhafter werdenden Nachfrage nach Drucksachen.

Aus dem Zeitungsgewerbe ist über den Tod von Georg Cadburn, Chef der berühmten Schokoladenfirma und Besitzer der Zeitung „Daily News“, zu berichten. Ein Idiot in vielen Richtungen, konnten die Vertreter der Buchdruckerinteressen mit ihm leichter und erfolgreicher verhandeln als mit manchen andern Internsberbern.

Polen. Wie wir den „Mitteilungen des Verbandes Deutscher Buchdrucker in der Republik Polen“ vom 8. November entnehmen, trat am 1. November ab eine zwölfprozentige Lohnerhöhung in Kraft auf Grund der für den Monat Oktober festgestellten Verteuerung aller Bedarfsartikel um 12 Proz. Die Löhne betragen gegenwärtig in Polen: im ersten Gehaltsjahre 21557,41 M., bis 21 Jahre 24170,71 M., bis 24 Jahre 28793,91 M., über 24 Jahre 35062,25 M. Hierzu kommen noch die üblichen Zulagen für Spezialarbeiter von 10 bzw. 20 Proz. Die inzwischen eingetretene rapide Steigerung soll aller Bedarfsartikel (Brot über 50 Proz.) erfordert eine entsprechend höhere Steigerung des Lohnes am 1. Dezember.

Wie uns aus Kattowitz direkt mitgeteilt wird, nötigte die besonders stark in Erscheinung tretende Steuerungsstelle Ende Oktober in Pölnisch-Schlesien zu neuen Lohnverhandlungen. Geordert wurden 100 Proz. Die Prinzipale glaubten jedoch auf 60 Proz. heruntersinken zu können, nachdem sie vorher bereit waren, 75 Proz. zu bewilligen. Eine Einigung kam nicht zustande und die Verhandlungen wurden abgebrochen. Die Antwort der Gehilfen war ein kurzfristiges Ultimatum, in welchem sie an ihrer Forderung von 100 Proz. festhielt. Daraufhin lenkten die Prinzipale ein und die geforderte Erhöhung gelangte am 28. Oktober erstmalig zur Auszahlung.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. (Drucker - Vierteljahrsbericht.) In der ordentlichen Generalversammlung des Vereins Berliner Buchdruckmaschinenmänner am 20. Juli gab der Vorsitzende den Halbjahrsbericht, aus dem hervorging, daß das Vereinsleben ein sehr reges war. Dagegen haben die Kostenverhältnisse mit der Geldentwertung nicht Schritt halten können. In der Diskussion spielte der eben abgelaufene Berliner Streik eine große Rolle. Kollege Keller erstattete dann einen ausführlichen Bericht über die Kreisvorsitzendenkonferenz in Leipzig. — Die außerordentliche Generalversammlung am 17. August erledigte mehrere Ertragswahlen zum Vorstande, zur Kreiszentrale und Revisionskommission. Eine sehr ausgiebige Aussprache zief der Tagesordnungspunkt „Spezialarbeiter - Leistungszulage - Unternehmerrichtpunkt“ hervor, zu welchem Kollege Dörband referierte. Das Für und Wider wurde lebhaft erörtert und verdiskutiert sich dann zu dem Beschluß, eine viergliedrige Kommission zu den Tarifauschüßverhandlungen zu entsenden, die den Prinzipalen unsere Forderungen übermitteln sollte. Bezüglich der notwendig werdenden Beitragserhöhung gab die Generalversammlung dem Vorstande die Ermächtigung, den Beitrag auf 10 Proz. des jeweilig geltenden Verbandsbeitrags festzusetzen. Soffentlich gelang es uns, damit über die jetzige und die noch kommende schwere Zeit hinwegzukommen. — Im August fand auch ein Besuch der sehr interessanten Arbeiterwohlfahrtsausstellung statt. — Die Zahl unrer arbeitslosen Kollegen kieg im September ganz erheblich. Der Vorstand ermahnte deshalb in der Septemberversammlung dringend die Kollegen, auf die Durchführung des Einmachinensystems zu achten. Für den vorgesehnen Referenten, der plötzlich erkrankt war, sprang Kollege Wille ein. Er hielt aus dem Stegretel einen Vortrag über das „Marxio“-Zurückverfahren. Die Versammlung dankte durch starken Beifall.

Braunsberg (Ostpr.). Am 12. November fand hier eine Bezirksversammlung statt, an welcher außer den hiesigen Kollegen sechs aus Heiligenbeil und vier aus Pr.-Solland teilnahmen. Gauvorsteher Reitsner (Königsberg) sprach über die allgemeine Lage in unserm Gewerbe, speziell über die letzte Tarifauschüßung. U. a. wurde mit größtem Bedauern davon Kenntnis genommen, daß das Reichsarbeitsministerium wiederum einen uns leidlich befriedigenden Schiedsspruch habe fällen

müssen, was auf große tarifliche Gleichgültigkeit und Engberzigkeit der Prinzipale schließen läßt. Am Schlusse seiner Ausführungen legte Kollege Reitsner den Anwesenden aus Herz, froh und Glend in unserm Gewerbe, und trotzdem wir kurz vor der Tarifreueuerung stehen, nicht den Mut sinken zu lassen, im Gegenteil, fell zusammenzufassen im Kampf um das tägliche Brot. Nur so würden wir über die schlimmen Zeiten hinwegkommen. Mit gespannter Aufmerksamkeit waren die Anwesenden den interessanten und belehrenden Worten unres Gauvorstehers gefolgt. Vorstehender Schrade sprach ihm dafür Dank aus. Es wurde rage diskutiert und in so manchen Angelegenheiten Arbeit gebracht. Auf strikte Einhaltung der Lehrlingskhalq soll besonders Augenmerk gerichtet werden, da verschiedentlich verluht worden ist, diele zu umgehen. In Anbetracht der hohen Verwaltungskosten, z. B. Porzofätze, wurde der Beitragsbeitrag auf wöchentlich 2 M. festgelegt.

Breslau. In einer am 30. Oktober vom Graphischen Kartell abgehaltenen Versammlung für das gesamte graphische Gewerbe, die allerdings besser hätte beluht sein können, referierte Kollege Fiedler (Berlin) über den Industrieverband. Seine sachlichen Ausführungen waren überzeugend, so daß einer Diskussion der Boden entzogen war. — Die außerordentliche Generalversammlung am 12. November erbrte zunächst das Anbeken des verstorbenen, allseitig verehrten Faktors Wilhelm Marapral sowie des früheren langjährigen Funktionärs des Gaues Schiefeln, Hermann Schlag in Witt. Nach Aufnahme dreier Kollegen wurden zwei Anträge, die sich mit der Not unrer Invaliden, Arbeitslosen und Kranken beschäftigten, einstimmig angenommen; sie werden statutengemäß zur Urabstimmung kommen. Erwähnt sei hierbei die hochherzige Spende eines früheren Kollegen im Betrags von 11500 M., welschen von einem Bekannten von dielem noch 500 M. hinzugefügt wurden zur sofortigen Verteilung an die Invaliden. Im Namen dieser sei den Spendern auch hier der herzlichste Dank ausgesprochen.

Wien. Inre am 11. November abgehaltene außerordentliche Generalversammlung, die von über 100 Kollegen besucht war, wurde durch zwei auf zu Gebührende Männerchüre des Gesangsvereins „Gutenbergs“ eingeleitet. Vorsitzender C. Scholz begrüßte unsere Gauvorsteher Fiedler (Breslau) und die erschienenen Kollegen aus Goldberg, Lützen und Köthenau. Dem vom Bezirk Breslau geforderten Gauslag noch in diesem Jahre steht der Bezirk Wien nach reiflicher Prüfung der Lage ablehnend gegenüber. Der Bericht über die Tagungen des Ortsauschusses des ADGB, brachte u. a. eine wesentliche Erhöhung der Beiträge. Gegenwärtig wird 1 M. pro Mitglied und Woche erhoben. Gauvorsteher Fiedler hielt sodann einen Vortrag über: „Zeit- und Streikfragen“. In seinen Ausführungen behandelte er besonders die Frage der Sortiergemeinschaft, die Sündigung des Tarifs und den Neuaufbau des neuen Tarifs, der unsere Vertreter ein schweres Stück Arbeit bringen wird, ferner die aktuelle Frage der Organisationsform. Redner machte weiter die Versammlung mit organisationsforischen Neuerungen in der Verwaltung vertraut, die die geschlossene Gewerwaltung und das Massenwesen betreffen und den nächsten Gauslag beschließen werden. Seine interessanten Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Die Aussprache bewegte sich im Rahmen der Ausführungen des Referenten, und alle Redner brachten zum Ausdruck, daß durch Zwang sich kein Industrieverband schaffen lasse, daß sich ein solcher vielmehr organisch entwickeln müsse. Ebenso wurde betont, daß durch unsere heutige Lohnpolitik ein menschenwürdiges Dasein nicht zu erreichen sei, denn letzten Endes ist die Lohnerrhöhung, wenn wir sie erhalten, schon weit überholt durch die wohnhinige Preissteigerung aller Bedarfsartikel. ADGB und Regierung hätten nicht das Ihrige getan, um der Preisgestaltung, dem Wucher und Schieberium Einhalt zu gebieten und die Verelendung der Arbeiter und ihrer Familien hintanzubalten. Scharfe Worte wurden gebraucht gegen die Steuerungsgebung und die Broterzeugung. Die Arbeitervertreter in der Regierung sollten einer solchen Koalition ruhig den Rücken kehren. Nach der Aussprache wurde der Massenbericht über das dritte Quartal gegeben und dem Kassierer Berdau Entlastung erteilt. Vorstehender Scholz referierte sodann über die Not der Arbeiterpresse. Es wurden 1000 M. zur Unterstützung der „Wienher Volkszeitung“ bewilligt. In Anbetracht der von Woche zu Woche steigenden Ziffer der arbeitslosen Kollegen hat es sich als notwendig erwiesen, den Ortsbeitrag beträchtlich zu erhöhen, um die Not der Arbeitslosen etwas zu lindern. Der Ortsbeitrag wurde von 12 M. auf 50 M. erhöht. Einer Anregung aus der Versammlung folgend, wurde für die Invaliden am Ort eine Sammlung vorgenommen, die den Betrag von 1500 M. ergab; eine weitere Sammlung für einen Durchreisenden ergab 250 M. Kollege Scholz berichtete schließlich noch über das neue Lohnabkommen, das keineswegs der schon vorangegangenen Teuerung entspricht, meinte aber, daß man sich dem für verbindlich erklärten Schiedssprüche fügen müsse. Das Leistungssystem und die lange Dauer dieses Abchlusses wurden von der Versammlung zwar kritisiert, aber der Gehilfenvertretung sprach man auch für die Zukunft vollstes Vertrauen aus.

□ □ □ Rundschau □ □ □

Aufhebung der beschränkten Bezugsdauer der Erwerbslosenunterstützung für die Buchdrucker. Die fortgesetzten Bemühungen unres Verbandsvorstandes, für die Buchdrucker beim Reichsarbeitsministerium eine Verlänge-

runge der auf 13 Wochen beschränkten Bezugsdauer der Erwerbslosenunterstützung zu erwirken, haben endlich Erfolg gehabt. Inre am 14. November ging dem Verbandsvorstande folgender Entschluß des Reichsarbeitsministers zu: „Da, wie ich festgestellt habe, der Arbeitsmarkt für Buchdrucker und für Angehörige verwandter Berufe sich in letzter Zeit verschlechtert hat, habe ich den Landesregierungen empfohlen, in Bezirken, in denen sich die Notwendigkeit dazu ergibt, die Unterordnung, durch welche die Erwerbslosenunterstützung für erwerbslose Buchdrucker auf 13 Wochen beschränkt worden ist, wieder aufzuheben.“ Es wird nunmehr Sache unrer Gau- und Ortsverwaltungen sein müssen, im Interesse der arbeitslosen Kollegen bei den Landesbehörden im Sinne des obigen Beschlusses des Reichsarbeitsministers alsbald vorstellig zu werden.

Außenhandel der deutschen Papierindustrie. Die Papierindustrie ist eine der wenigen Industrien Deutschlands, die ihren Rohstoff zum großen Teil aus dem Inlande bezieht. Die Marktentwertung in der Nachkriegszeit hat den Verbrauch inländischen Rohstoffs weiterhin vergrößert. Die Einuhr von Holz, die für die hohen Papierpreise mitverantwortlich gemacht wird, ist aber gegenüber dem gesunkenen Papierverbrauch verschwindend gering und ist jetzt sogar gegen 1913 auf die Hälfte zurückgegangen. In der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ (Nr. 19) wird nun eine Aufstellung über Ein- und Ausuhr der deutschen Papierindustrie veröffentlicht, an der wir nicht stillschweigend vorübergehen wollen. Danach betragen:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1. Halbjahr 1913	1. Halbjahr 1922	1. Halbjahr 1913	1. Halbjahr 1922
Menge in 1000 in 1000 Mill. dz				
Papierholz	3774,6	1975,4	162,4	254,4
Papierholzfloss	242,7	337,8	357,8	99,0
Papierlumpen	325,7	68,8	51,8	417,7
Altpapier	120,9	101,9	32,8	50,5
Papier u. Pappn.	126,1	12,6	26,7	1248,5
Bedr.u.verarb. Pap.	31,0	6,9	19,5	483,8
Wäcker und Wälder	36,0	12,0	55,8	115,1
				74,5
				573,3

Allenhalben zeigt sich Rückgang der Einfuhr, während die Ausuhr zum Teil fast gleich blieb oder sich in bedeutender Zunahme befindet. In einer vergleichenden Aufsuhrabelle von verschiedenen Papierarten, aus der sich zum Teil Rückgang oder geringe Zunahme der Ausuhr ergibt, macht das Druckpapier, dessen Ausuhr zum Nachteil des Druckgewerbes bedeutend gestiegen ist, eine unübliche Ausnahme. Die Ausuhr ist im Jahre 1922 durchschnitlich monatlich doppelt so groß als im Jahre 1913. Im August 1922 hat sich die Ziffer gegen den Monatsdurchschnitt des Jahres 1921/22 von 90800 auf 175700 dz wieder fast verdoppelt. Es handelt sich hier vor allem um Zeitungsdruckpapier. Hierzu bemerkt die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“: „Da die Zeitungsetzler zum Teil nicht mehr in der Lage sind, die außerordentlich gestiegenen Papierpreise zu zahlen, und aus diesem Grunde eine größere Anzahl Zeitungen eingangs, mußte die Ausuhr, die sich vor allem nach Argentinien und den Vereinigten Staaten wandte, sehr stark gesteigert werden, wenn die Fabriken nicht zum Teil stillgelegt werden sollten.“ Die Überpannung der Papierpreise und die Marktentwertung haben nun die Absatzmöglichkeiten weiterhin erschwert. Das Auslandsgeschäft ist neben der fortwährenden Absatzstochung im Inlande nach einem Bericht im „Reichsarbeitsblatt“ (Nr. 21) weiter zurückgegangen, namentlich sind danach die Absatzmärkte stark in Konkurrenz getreten. Das sind die natürlichen Folgen, auf die wiederholt hingewiesen wurde. Die Papierindustrie hätte dazu beitragen sollen, sich den deutschen Markt möglichst voll zu erhalten, als ihr Teil mehr als bisher im Auslandsgeschäfte zu suchen.

Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine. Im dritten Vierteljahre 1922 brachte die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg es auf 172,3 Millionen Mark Gesamtumsatz. Davon entfielen auf die Erzeugnisse der Drucker und der Papierwarenfabrik 152 Millionen Mark, auf das Versicherungswesen 19,75 Millionen Mark und auf das Elektrizitätswesen 564160 M. In den drei Vierteljahren 1922, also Januar bis einschließlich September, betrug der Gesamtumsatz 258,4 Millionen Mark, gegen nur 38943242 M. in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Produktionsförderung und Achtfundentag. Zu dieser Frage hat in Abereinstimmung mit dem ADGB, dem ADL und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbunde die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Beschluß gefaßt, aus dem in der Hauptsache folgendes wiedergegeben ist: „Ohne eine aktive Währungs politik, die der weiteren Geldentwertung und Teuerung Einhalt gebietet, ist der gegenwärtigen Notlage des deutschen Volkes nicht zu steuern. Die Stabilisierung der Mark ist die dringlichste und erste Aufgabe einer Politik, deren Ziel die Behebung dieser Notlage ist. Der Versuch, durch Verlängerung der Arbeitszeit unrer Zurückstellung der Stabilisierung der Mark eine Produktionssteigerung herbeizuführen, muß abgelehnt werden. Jede Produktionssteigerung ist bei fortbestehender Währungserrüttlung gebremst. Denn so lange der Verdienst der Arbeiter durch den Währungsverfall von Woche zu Woche gemindert wird, bleibt bei der Arbeiterklasse ein fortdauerndes Gefühl stärkster Beunruhigung, so daß sie nicht zu der sonst möglichen Steigerung der Intensität ihrer Arbeit gelangen kann. Nach wie vor wird an dem alten sozialistischen Grundsatze festgehalten, daß die Arbeiterklasse alles Interesse an einer wirklichen rationalen Wertschaf-

